

Antwort vom 05.09.2016

MdB, CDU

Sehr geehrter Herr XY,

vielen Dank für Ihre Mail, in der Sie auf Ihre Petition aufmerksam gemacht haben. Ich halte Ihr Anliegen, den Fonds für eine Entschädigungsrente fortzuführen für absolut berechtigt. Ich halte es für nicht akzeptabel, dass ab 2017 keine Entschädigungsrenten mehr gezahlt werden sollen.

Als stellvertretendes Mitglied des Petitionsausschusses setze ich mich dafür ein, dass sich der Ausschuss schnellstmöglich mit Ihrem Anliegen befasst. Ich habe mich in diesem Sinne an den Ausschuss gewandt und dafür plädiert, sich für eine Regelung auszusprechen, die eine Fortführung der Entschädigungszahlungen ermöglicht.

Nach Rücksprache mit meinen Kollegen aus dem Gesundheitsausschuss, die ich in Ihrer Angelegenheit angesprochen habe, habe ich erfahren, dass für den Fortbestand der Stiftung kurzfristig im neuen Haushalt 2,0 Mio. € eingeplant seien. Unsere Gesundheitspolitiker sprechen sich dafür aus, die Stiftung langfristig mit einem festen jährlichen Betrag zu unterstützen und haben diesen Vorschlag dem Gesundheitsministerium übermittelt. Darüber hinaus gibt es hierüber Gespräche zwischen dem Bundesministerium, der Stiftung „Humanitäre Hilfe für durch Blutprodukte HIV-Infizierte Personen“ und der Industrie. Die Länder haben das Thema in die Gesundheitsministerkonferenz eingebracht. Das Bundesministerium der Finanzen plant gemeinsam mit dem Bundesministerium für Gesundheit über die Mittelfristige Haushaltsplanung ab 2018, die Finanzierung zu gewährleisten. Im Rahmen dieser Planungen soll auch für das Jahr 2017 die Liquidität der Stiftung durch eine vorgezogene Überbrückungshilfe sichergestellt werden.

Im Kern verfolgen die Beteiligten zur weiteren Finanzierung der Stiftung derzeit folgende Überlegungen: Der Bund soll mit jährlich mehr als 40 % zur Finanzierung beitragen. Die Länder sollen weiterhin 20% des Finanzbedarfs abdecken. Gleichzeitig sollen die pharmazeutischen Unternehmen für die nächsten 10 Jahre einen bedeutenden Anteil beitragen. Damit würde die Industrie ihrem sozialen und humanitären Engagement gegenüber den Betroffenen besonderen Ausdruck verleihen. Auch das DRK soll sich entsprechend beteiligen. Nach Ablauf der 10 Jahre sollen dann Bund und Länder die Finanzierungsaufgabe übernehmen.

Ich werde den Fortgang dieser Gespräche begleiten und die Petition im Petitionsausschuss gleichzeitig aktiv unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen